

# Menschenwürde / „Die Furcht geht um in Rheinland-Pfalz“

Neue Beweise der intoleranten, unchristlichen und gegen das Grundgesetz verstößenden Schulpolitik des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums

Neue Beweise der intoleranten, unchristlichen und gegen das Grundgesetz verstößenden Schulpolitik des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums wurden in dieser immer wieder vom Beifall der Besucher getragenen Kundgebung der Öffentlichkeit vom Mainzer Universitätsprofessor Dr. Bechert und anderen Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens unterbreitet.

Professor Bechert, der auch darauf hinwies, daß in Rheinland-Pfalz kein Jude Lehrer werden dürfe, verlas eine Anweisung der Bezirksregierung von Rheinhesse vom 14. August, nach der auch ein an einer Simultanschule angestellter Lehrer, der aus der Kirche austritt, keinen Anspruch mehr auf Weiterbeschäftigung habe. Sodann berichtete er über das Schicksal eines freireligiösen Junglehrers, der nur dadurch die Zulassung für die zweite Lehrprüfung erhielt, daß er vorher ein Kündigungsschreiben an das Ministerium einreichte. Solche Verfahren, sagte Bechert, hätten Ähnlichkeit mit den Verfahren der Gestapo, die von ihren entlassenen Häftlingen einen Revers über gute Behandlung verlangt habe.

## „Gesinnungsabstempelung“

Landtagsabgeordneter Markschefel betonte zum Fall Geimer, daß Frau Regierungsdirektor Kohnen in der mit ihrem Schreiben einen eindeutigen Verfassungsverstoß begangen habe, Eidesverletzung. Altmeier im Ministerium erklärte, wie sie in dem Brief des Kultusministeriums dokumentiert wurde und die bisher nicht erfolgte oder nicht offiziell bekannt gewordene Abmündung dieses Vergehens ist ein Beweis dafür, daß man in Rheinland-Pfalz offenbar geneigt ist, bestimmte, von

Mainz (Eig. Ber.). Die Furcht geht um in Rheinland-Pfalz, die Furcht vor Gesinnungsschnittfel und vor Denunziation. Etwa 1500 Teilnehmer der Protestkundgebung der „Landesvereinigung zur Erhaltung und Förderung der christlichen Gemeinschaftsschulen in Rheinland-Pfalz“ protestierten durch die Annahme einer Entschlüsselung am Freitag im Kurfürstlichen Schloß zu Mainz gegen die Bedrohung der Menschenrechte und Menschenwürde. In dieser Entschlüsselung heißt es: „Wir fordern, daß die im Bonner Grundgesetz gewährleisteten Grundrechte überall im Land von den Behörden beachtet und geschützt werden. Niemand darf wegen freier Meinungsäußerung in Furcht versetzt werden, niemand darf wegen seiner religiösen Überzeugung oder seiner Weltanschauung bevorzugt oder benachteiligt werden. Wir fordern von Regierung und Parlament, daß alle Entscheidungen, Gesetze und jede Auslegung und Anwendung der Landesverfassung den Grundrechten des Bonner Grundgesetzes entsprechen. Wir fordern Achtung vor menschlicher Freiheit und Menschenwürde.“

einem geistigen Totalitätsanspruch herührende Rücksichten zu nehmen.

Markschefel schilderte den Fall einer technischen Lehrerin, die unter das Gesetz zum Artikel 131 falle und 1945 aus dem Schuldienst in Mainz-Kostheim ausgeschieden sei. Kultusminister Dr. Flnck habe in einem von ihm persönlich unterzeichneten Schreiben vom 31. August 1954 die Einstellung zunächst abgelehnt, weil sie früher in Hessen tätig gewesen sei. In dem Schreiben heißt es aber dann weiter:

„Im übrigen könnte eine Einstellung der Frau X im Volksschuldienst im Regierungsbezirk Rheinhesse auch nicht erfolgen, da sie bei ihrer Vorsprache am 8. 7. 1953 bei der Schulabteilung der Bezirksregierung in Mainz zum Ausdruck brachte, daß sie keiner christlichen Religionsgemeinschaft angehöre und daher mangels einer geeigneten Stelle keine Verwendungsmöglichkeit für sie besteht.“

Unter starkem Beifall erklärte Markschefel: „Hier haben wir das eklatante Beispiel einer Verfassungsauslegung, die schon das Prädikat Gesinnungsabstempelung verdient!“

FDP von Mitgliedern der Vereinigung angekündigt wurde, und sagte: „Ich werde mir das Wort nicht verbieten lassen und der Vereinigung solange angehören, solange eine Gefährdung der Menschenwürde besteht.“

## „Erzieherchaft wurde zu Helotentum herabgewürdigt“

Der Vertreter der Gewerkschaft Erziehung, Rektor Reiland, Ludwigshafen, forderte ein Ende der „inquisitorischen Bedrängung der Lehrer“. Ein Lehrer, der es wagt, eigene Gedanken zu haben, dürfe nicht mit Repressalien bedroht werden.

„In Rheinland-Pfalz geht die Furcht um“, sagte Rektor Reiland wörtlich und schloß mit den Worten: „Wir erwarten, daß die gesamte Atmosphäre des Kultusministeriums recht bald ausgewechselt wird.“

## „Die Macht des Staates findet ihre Grenze im Gewissen“

„Die Macht des Staates findet ihre Grenze im Gewissen“, erklärte Dekan Seyerle, Ingelheim, und verlangte, daß dem nazistischen Totalitarismus kein anderer Totalitarismus, auch kein christlicher folgen dürfe.

Die Ausführungen aller Redner wurden nicht nur von starkstem Beifall, sondern wiederholt auch mit lauten Pfui-Rufen gegen das Kultusministerium unterbrochen.

\*

Der FDP-Landtagsabgeordnete Marstenstein, der ursprünglich zugesagt hatte, ebenfalls auf der Kundgebung zur kulturpolitischen Situation in Rheinland-Pfalz Stellung zu nehmen, hatte auf Wunsch seiner Partei seine Zusage rückgängig gemacht. Er stand zu Beginn der Kundgebung am Eingang des Kurfürstlichen Schlosses.

## „Latente Krise“

Der Leiter des Katechetischen Amtes Rheinhesse, Pfarrer Munk, Mainz, sagte, der Fall Geimer sei symptomatisch. Er offenbare eine latente Krise, in der sich das Land Rheinland-Pfalz befände, solange es nicht staatliche und kirchliche Normen trenne. Es gebe auch noch andere Staatsauffassungen als die katholische. Die Schule darf weder das Objekt einer konfessionellen Schulpolitik, noch ein Handelsobjekt zwischen politischen Parteien sein.

Wir Evangelischen glauben, daß ein Land nicht an der Tatsache vorbeugehen kann, daß es auch Nichtchristen gibt. Die Evangelische Kirche hat noch nie einem nichtchristlichen Lehrer das Recht abgesprochen, an einer Simultanschule Lehrtätigkeit zu sein.

## „Ich lasse mir nicht das Wort verbieten!“

Der Sprecher der FDP, Rechtsanwalt Dr. Dahlem, Beigeordneter in Mainz, wandte sich scharf gegen Presseveröffentlichungen, in denen ein Abrücken der

Der „Fall Geimer“ schlägt Wellen  
(Die Freiheit — Mainz — vom 2. November 1954)